

Frau Britta Hollmann auf Vorschlag der Grünen

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Frau Carolina Brauckmann Rubicon, Beratungszentrum für Lesben und Schwule

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Frau Helene Uckermann auf Vorschlag der Fraktion PRO KÖLN

Herr Richard Klein auf Vorschlag der Linken

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Frau Roswitha-Cornelia Burauen auf Vorschlag der Seniorenvertretung

Vorschläge der Wohlfahrtsverbände

Frau Helga Blümel Diakonisches Werk des Evangelischen Kirchenverbandes
Köln und Region

Frau Monika Dierksmeier Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Kreisgruppe
Köln e.V.

Frau Maria Hanisch Caritasverband für die Stadt Köln e.V.

Herr Stefan Kersjes Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Köln e.V.

Herr Marc Ruda Deutsches Rotes Kreuz Kreisverband Köln e.V.

Herr Benzion Wieber Synagogengemeinde Köln

Verwaltung

Herr Klaus Müller-Starmann

Frau Johanna Preßmar-Cuber

Frau Marita Reinecke Behindertenbeauftragte

Frau Beigeordnete Henriette Reker

Herr Michael Schleicher

Frau Barbara Steinraths

Schriftführer

Herr Dr. Robert Becker

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Katja Hoyer FDP

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Frau Lisa Steinmann

SPD

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Frau Gudrun Kleinpaß-Börschel

Stadtarbeitsgemeinschaft Seniorenpolitik

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Gleichstellungsrelevante Themen

2 Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen

- 2.1 Nachfrage aus der Sitzung des Gesundheitsausschusses am 17.05.2011 zur Förderung der Frauenvereine im Sozialbereich
2596/2011

3 Beantwortung von Anfragen

- 3.1 Neue Sperrbezirksverordnungen im Kölner Süden ab dem 01.05.2011, Bericht für Mai 2011
hier: Anfrage von Herrn Helling in der Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren am 12.07.2011
3778/2011

- 3.2 Mieterberatung in Chorweiler, gemeinsame Anfrage der SPD Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Rat der Stadt Köln, die Anfrage wurde am 12.07.2011 gestellt, der Top wird auf 10.1.10 verschoben
3059/2011

- 3.3 Anfrage von der FDP Fraktion aus der Sitzung vom 05.05.2011, unter TOP 11.2.1 Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, 2108/2011, siehe 4.11

- 3.4 Bericht zum Pilotprojekt Integrationslotsen, Beantwortung von einer mündlichen Anfrage, hier: Sozialausschuss vom 10.02.2011 zu TOP 4.4 und Jugendhilfeausschuss am 22.02.2011 zu Top 3.5, siehe 10.1.8

4 Mitteilungen

- 4.1 Bereitstellung von Mitteln für IncluCity Cologne - Beschluss der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik, die Vorlage wurde am 05.05.2011 bereitgestellt
1271/2011

- 4.2 Bericht des Referats für Lesben, Schwule und Transgender, die Unterlagen wurden am 12.07.2011 bereitgestellt
2096/2011
- 4.3 Weißbuch des EU-Projekts AHEAD - "Homophobie? Was tun?", die Unterlagen wurden am 12.07.2011 bereitgestellt
2116/2011
- 4.4 Arbeitsmarkt für Menschen mit Behinderung
hier: Auszug aus der Niederschrift der Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik am 10.05.2011 zur Anfrage der Fraktion Die Linke.Köln im Rat - Sitzung am 07.10.2010 - AN/1796/2010 und Stellungnahme der Verwaltung - 0660/2011, Unterlagen wurden am 12.07.2011 zugestellt
2277/2011
- 4.5 'Konzept zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft' und Broschüre 'Köln 100 % - Kulturelle Vielfalt einer Stadt', Unterlagen wurden in der Sitzung am 12.07.2011 bereitgestellt
2315/2011
- 4.6 Kölner Netzwerk Bürgerengagement, Unterlagen wurden am 12.07.2011 bereitgestellt

Veröffentlichung der Broschüre "Bürgerschaftliches Engagement für Kölner Schulen - aktuelle Beispiele aus der Engagementpraxis 2010/2011"
2460/2011
- 4.7 Initiativkreis "Senioren-Offensive"
3037/2011
- 4.8 Abschluss der Ziel- und Leistungsvereinbarungen 2011 mit den nach dem Rahmenkonzept arbeitenden Bürgerhäuser/-zentren
3011/2011
- 4.9 Toilettenkonzept - Sachstand, mit Sammelumdruck vom 19.08.2011 bereitgestellt
3252/2011
- 4.10 IncluCity Cologne - Tätigkeitsbericht 2011
3280/2011
- 4.11 Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, verschoben auf Top 3.3
2108/2011
- 4.12 Sachstandsmitteilung zum Bildungspaket
3166/2011

- 4.13 Eis- und Schwimmstadion an der Lentstr.
hier: Beschluss der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik aus der Sitzung am 08.09.2011
3706/2011
- 4.14 Einschulungshilfe für Schulanfänger zum Schuljahr 2011/2012
3657/2011
- 4.15 Entwicklung des Zuzugs von Flüchtlingen nach Köln
zuletzt:
TOP 2.1 der Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren vom
12.07.2011
3047/2011
- 4.16 Gemeinsamer Bericht über die Clearingstelle 2010, siehe auch 10.1.1, Unterlagen wurden am 12.07.2011 zugestellt
- 4.17 Außerplanmäßige Bereitstellung von Mitteln für das Bildungspaket 2011, siehe 10.1.2, Unterlagen wurden am 12.07.2011 zugestellt
- 4.18 Modellvorhaben "Altersgerechte Umbauen", siehe 10.1.3
- 4.19 Rundfunkbeitragsbefreiung bei geringem Einkommen, siehe 10.1.4

5 Wohnen

- 5.1 Pegel Köln 4/2011
Wohnungsbau in Köln 2010 - Anstieg der Baugenehmigungen um 50 Prozent
3010/2011
- 5.2 Geförderter Mietwohnungsbau in Köln
Situation und Chance der dauerhaften Sicherung der Wohnversorgung
3717/2011

6 Sachstand Programm Mülheim 2020

- 6.1 Strukturförderprogramm MÜLHEIM 2020 - Projekt "Brücken bauen - Qualifizierung von Stadtteilmüttern"
2960/2011
- 6.2 MÜLHEIM 2020 - Zeit-Maßnahmenplan
3670/2011
- 6.3 Sachstandsbericht MÜLHEIM 2020
3669/2011

7 JobCenter Köln

- 7.1 Bericht des Jobcenters (JC) Köln
3404/2011
- 7.2 Organisationsservice Kinder und Pflege (OKiP) für Beschäftigte im Jobcenter
Köln
3415/2011
- 7.3 Beauftragte für Chancengleichheit am Arbeitsmarkt im Jobcenter Köln
3418/2011
- 7.4 Zwischenbilanz zum Gemeinsamen Arbeitgeber-Service
3419/2011
- 7.5 Bilanz der Zugriffe auf den neuen Internetauftritt des Jobcenters Köln
3426/2011

8 Bericht aus der Arbeit der Behindertenbeauftragten

- 8.1 Bericht der Behindertenbeauftragten 9/2011
3713/2011

9 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

- 9.1 Anträge zum Bildungspaket der Bundesregierung, verschoben auf Top 10.1.5
AN/0909/2011
- 9.1.1 "KölnPass B"?, Verschoben auf 10.1.9
AN/1484/2011

10 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates

- 10.1 Anfragen zu früheren Sitzungen
- 10.1.1 Gemeinsamer Bericht über die Clearingstellen für das Jahr 2010 wird auf TOP
4.16 verschoben
2627/2011
- 10.1.2 Außerplanmäßige Bereitstellung von Mitteln für das Bildungspaket in 2011,
dieser Top wird auf 4.17 verschoben
2680/2011
- 10.1.3 Modellvorhaben "Altersgerecht Umbauen", dieser Top wird auf 4.18 verscho-
ben
2709/2011

- 10.1.4 Rundfunkbeitragsbefreiung bei geringem Einkommen, dieser Top wird auf 4.19 verschoben
2774/2011
- 10.1.5 Anträge zum Bildungspaket der Bundesregierung, Anfrage Fraktion der Linken am 12.07.2011, Beantwortung liegt vor
2801/2011
- 10.1.6 Wie lassen sich Leistungen aus dem Bildungspaket für alle sichern?, Anfrage der Fraktion der Linken am 12.07.2011, Beantwortung liegt vor
2822/2011
- 10.1.7 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen zum Programm "Win-Win für Köln" vom 07.07.2011, Beantwortung liegt vor
2842/2011
- 10.1.8 Bericht zum Pilotprojekt Integrationslotsen, Beantwortung von Anfragen, hier: Sozialausschuss vom 10.02.2011 zu Top 4.4 und Jugendhilfeausschuss am 22.02.2011 zu Top 3.5, verschoben auf 3.4
2821/2011
- 10.1.9 Anfrage der Fraktion Die Linken "KölnPass B", vom 08.08.2011, Beantwortung liegt vor
3283/2011
- 10.1.10 Mieterberatung in Chorweiler, 3059/2011, siehe 3.2
- 10.2 Aktuelle Anfragen
 - 10.2.1 Einreise von Neu-EU-Bürgerinnen und Bürgern aus Bulgarien und Rumänien und die Auswirkungen in den Stadtteilen
AN/1690/2011
- 11 **Beschlüsse gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen****
 - 11.1 Förderung von Angeboten für ältere Migranten/Migrantinnen 2011
3035/2011
 - 11.2 Vergabe der Mittel für Antirassismus-Training im Jahr 2011
3378/2011
 - 11.3 Nachrang von Köln-Pass-Leistungen gegenüber Leistungen aus dem Bildungspaket, verschoben auf 13.1
2560/2011
 - 11.4 Förderung von Selbsthilfegruppen im Sozialbereich 2011
2697/2011

- 11.5 Empfehlung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik zum Konzept zur Förderung der Ausbildung und Beschäftigung von Menschen mit Behinderung bei der Stadtverwaltung, verschoben auf 12.2
1606/2011

12 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse

- 12.1 Konjunkturpaket II - Kostenanpassungen und Umschichtungen bei den Maßnahmen Barrierefreiheit in den Bürgerhäusern/Bürgerzentren
3704/2011
- 12.2 Empfehlung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik zum Konzept zur Förderung der Ausbildung und Beschäftigung von Menschen mit Behinderung bei der Stadtverwaltung 1606/2011, siehe 11.5

13 Ausschussempfehlungen an den Rat

- 13.1 Nachrang von Köln-Pass-Leistungen gegenüber Leistungen aus dem Bildungspaket 2560/2011, siehe 11.3

14 Anregungen und Stellungnahmen der Stadtarbeitsgemeinschaften

15 Anfragen

I. Öffentlicher Teil

1 Gleichstellungsrelevante Themen

2 Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen

2.1 Nachfrage aus der Sitzung des Gesundheitsausschusses am 17.05.2011 zur Förderung der Frauenvereine im Sozialbereich 2596/2011

Der Ausschuss für Soziales und Senioren nimmt die Beantwortung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

3 Beantwortung von Anfragen

3.1 Neue Sperrbezirksverordnungen im Kölner Süden ab dem 01.05.2011, Bericht für Mai 2011 hier: Anfrage von Herrn Helling in der Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren am 12.07.2011 3778/2011

Herr Helling bittet die Verwaltung die Antwort zu Frage vier zu präzisieren.

Frau Reker antwortet, dass die Fachverwaltung das Angebot trägt und dafür einsetzt, dass dieser Posten in den Haushaltsentwurf aufgenommen werde und dann in die politische Beratung gehe, bei der jegliche Unterstützung wünschenswert sei, damit die Beratungsstelle weiter arbeiten könne.

Herr Detjen fragt nach, ob eine finanzielle Zwischenlösung notwendig sei, da die Mittel nur bis Ende 2011 sicher gestellt seien und wie die weitere Betreuung der Prostituierten angedacht sei.

Frau Reker antwortet, dass mit Abschlagszahlungen agiert werde und sie momentan keine Rückmeldung hat, dass es zu einem finanziellen Engpass kommen könne, so dass die Arbeit eingestellt werden müsse. Bei der Betreuung der Prostituierten solle eine engere Zusammenarbeit aller Beteiligten Institutionen erfolgen.

Der Vorsitzende Herr Paetzold betont, dass seine Fraktion die notwendige Unterstützung, für die weitere Arbeit der Beratungsstelle, leisten werde.

Herr Helling weist darauf hin, dass für die Prostituierten in Meschenich immer noch kein alternativer Standort ausgewiesen. Aber es müsse ein Platz (Ort) gefunden werden, an dem die Frauen außer halb des Wohngebietes der Prostitution nachgehen können. Er sendet das dringende Signal aus, dass ein anderer Standort für dieses Gewerbe gefunden werden müsse.

Frau Laufenberg fragt nach, was gegen die Dealer in Meschenich getan wird.

Herr Kilt antwortet, dass sei ein Schwerpunkt der polizeilichen Arbeit und selbstverständlich werde mit der erforderlichen Konsequenz gegen die Dealer vorgegangen.

Frau Laufenberg kritisiert, dass die Mitarbeiterin von AGISRA keine finanzielle Unterstützung erhält und regt an, dass bei einer zukünftigen Konzepterweiterung, diese Mitarbeiterin eine finanziellen Ausgleich erhalten solle.

Frau Reker nimmt die Anregung gerne auf, erläutert aber, dass AGISRA eine Pauschalförderung bekommt.

Herr Helling schlägt vor, dass die Mitteilung an den zuständigen Beirat und an den AVR übermittelt wird.

Die Verwaltung sagt dies zu.

3.2 Mieterberatung in Chorweiler, gemeinsame Anfrage der SPD Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Rat der Stadt Köln, die Anfrage wurde am 12.07.2011 gestellt, der Top wir auf 10.1.10 verschoben 3059/2011

3.3 Anfrage von der FDP Fraktion aus der Sitzung vom 05.05.2011, unter TOP 11.2.1 Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, 2108/2011, siehe 4.11

Frau Laufenberg fragt zu Punkt 1 nach, woran es liege, dass die Altersfeststellung beim Jugendamt seit vielen Jahren beantragt aber statistisch nicht erfasst worden sei und Bei welchen Kommunen wurde unter Punkt vier nachgefragt.

Die Verwaltung beantwortet diese Nachfragen schriftlich.

3.4 Bericht zum Pilotprojekt Integrationslotsen, Beantwortung von einer mündlichen Anfrage, hier: Sozialausschuss vom 10.02.2011 zu TOP 4.4 und Jugendhilfeausschuss am 22.02.2011 zu Top 3.5, siehe 10.1.8

Frau Hollmann merkt an, dass für das Projekt mehr Mittel beschlossen wurden, aber die Träger keine Information erhalten haben wann und in welcher Höhe die Mittel zur Auszahlung kommen und ob diese Mittel 2011, oder erst in den Folgejahren, verausgabt werden müssen.

Die Verwaltung beantwortet diese Anfrage schriftlich.

4 Mitteilungen

4.1 Bereitstellung von Mitteln für IncluCity Cologne - Beschluss der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik, die Vorlage wurde am 05.05.2011 bereitgestellt 1271/2011

Dieser Tagesordnungspunkt wurde bereits abschließend behandelt.

4.2 Bericht des Referats für Lesben, Schwule und Transgender, die Unterlagen wurden am 12.07.2011 bereitgestellt 2096/2011

Dieser Tagesordnungspunkt wurde bereits abschließend behandelt.

**4.3 Weißbuch des EU-Projekts AHEAD - "Homophobie? Was tun?", die Unterlagen wurden am 12.07.2011 bereitgestellt
2116/2011**

Der Ausschuss für Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

**4.4 Arbeitsmarkt für Menschen mit Behinderung
hier: Auszug aus der Niederschrift der Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik am 10.05.2011 zur Anfrage der Fraktion Die Linke.Köln im Rat - Sitzung am 07.10.2010 - AN/1796/2010 und Stellungnahme der Verwaltung - 0660/2011, Unterlagen wurden am 12.07.2011 zugestellt
2277/2011**

Dieser Tagesordnungspunkt wurde bereits abschließend behandelt.

**4.5 'Konzept zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft' und Broschüre 'Köln 100 % - Kulturelle Vielfalt einer Stadt', Unterlagen wurden in der Sitzung am 12.07.2011 bereitgestellt
2315/2011**

Frau Blümel findet die Broschüre 100% Köln für sehr gelungen.

Frau Wilden bezeichnet die Broschüre als Abschaffung Deutschlands und erläutert, dass es nicht nur um die nette Pizzeria oder das China Restaurant geht, sondern dass nach Ihrer Ansicht die Integration gescheitert ist und eine Vielzahl der Ausländer kriminell seien und die deutschen Sozialsysteme ausnützen würden. Nach Ihrer Sicht ist die Person, der für eine offene kulturelle Gesellschaft plädiert, nicht ganz dicht im Kopf.

Herr Dr. Schulz antwortet Frau Wilden mit der Erinnerung an das Attentat in Oslo und stimmt eine Schweigeminute für die Opfer an. Alle Personen im Raum schließen sich dem Gedenken an. In Zukunft würde er bei solch einer Argumentation immer so antworten.

Der Vorsitzende Herr Paetzold bezeichnet die Broschüre als ausgesprochen gelungen. Alle Mitglieder, außer der Fraktion pro Köln, schließen sich der Meinung des Vorsitzenden an.

Frau Wilden verneint einen Zusammenhang zwischen dem Attentäter in Oslo und der Wählergemeinschaft pro Köln.

Der Vorsitzende Herr Paetzold bittet Frau Wilden zur Tagesordnung zurückzukehren. Nach weiteren Zwischenrufen von Frau Wilden erteilt der Vorsitzende Frau Wilden einen Ordnungsruf.

4.6 Kölner Netzwerk Bürgerengagement, Unterlagen wurden am 12.07.2011 bereitgestellt

Veröffentlichung der Broschüre "Bürgerschaftliches Engagement für Kölner Schulen - aktuelle Beispiele aus der Engagementpraxis 2010/2011" 2460/2011

Der Ausschuss für Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

4.7 Initiativkreis "Senioren-Offensive" 3037/2011

Frau Laufenberg bittet darum, dass die Mitteilung ebenfalls dem Verkehrsausschuss mitgeteilt wird.

Frau Gärtner lobt die Initiative.

4.8 Abschluss der Ziel- und Leistungsvereinbarungen 2011 mit den nach dem Rahmenkonzept arbeitenden Bürgerhäuser/-zentren 3011/2011

Herr Helling fragt an die Verwaltung wie das Bürgerhaus „Die Mütze“ 2012 finanziert und ob es zu einer organisatorischen und wirtschaftlichen Trennung zwischen Bürgerhaus und Möbellager kommen könnte.

Frau Reker antwortet, dass zur Zeit die Gespräche mit dem Träger über die Ziel- und Leistungsvereinbarung 2012 stattfinden. Die Situation des Möbellagers und eine getrennte Betrachtung der finanziellen Situation stehen dabei auf der Agenda der Verwaltung. Zur Sicherung des Bürgerhauses sollte 2012 eine ähnliche Anpassung des Betriebskostenzuschusses wie 2011 möglich sein.

Frau Hollmann hat eine Verständnisfrage zu Punkt 3.2 (Bürgerzentrum Engelshof). Sie bittet um eine Erklärung wie das Defizit zustande kommt.

Frau Reker antwortet, dass nach Abschluss der Baumaßnahmen (Ertüchtigung des großen Saals bedingt durch die benachbarte Siedlungsbautätigkeit) eine Bilanz zu erstellen ist, in der nicht nur der Verlust durch fehlende Einnahmen sondern auch die Einsparungen durch nicht entstandene Kosten (kein Veranstaltungsbetrieb) ausgewiesen werden müssen.

Herr Detjen fragt an, ob alle Bürgerzentren eine Haushaltssicherung für drei Jahre erhalten würden.

Frau Reker antwortet, dass sie keine abschließende Erklärung geben kann, aber sie werde die Frage in den folgenden Gesprächen berücksichtigen.

Frau Gärtner fragt an, wie die Verwaltung die finanzielle Ausstattung des Bürgerzentrums Engelshof bewertet.

Frau Reker antwortet, dass die gleichen Zuschussbeträge im Haushalt 2012 eingeplant seien wie im Vorjahr. Eine genaue Bewertung könne aber erst nach Beendigung der Baumaßnahme und der vorgesehenen Bilanzierung erfolgen. Die Sicherung des Betriebes durch den Träger hat Priorität.

Frau Wilden plädiert für einen höheren finanziellen Zuschuss für das Bürgerzentrum Engelshof.

4.9 Toilettenkonzept - Sachstand, mit Sammelumdruck vom 19.08.2011 bereit gestellt 3252/2011

Der Vorsitzende Herr Paezold empfindet die Mitteilung als Ausdruck einer Mangelverwaltung, da sie lediglich aufzeige, was alles nicht funktioniert.

Herr Helling schließt sich der Ansicht des Vorsitzenden an und präzisiert, dass keine der in Auftrag gegebenen Toilettenanlagen funktioniere. Er fragt an, ob mit der KGAB gesprochen wurde, da dieser Träger in der Lage sei, solche Toilettenanlagen (in Bezug auf den Standort Venloer Str./Gürtel und Bezirkssportanlage Poll) zu betreiben.

Frau Reker antwortet, dass die Fachverwaltung nicht anwesend sei, die Fragen aber zeitnah weitergeleitet und dann hoffentlich einer Lösung zugeführt werden.

Herr Ladenberger formuliert, dass man sich durch das Toilettenkonzept eine Verbesserung versprochen habe, wenn man die Mitteilung lese, sei dies aber eine Enttäuschung.

Herr Dr. Schulz erläutert, dass der zweite Arbeitsmarkt nicht dazu da sei, grundsätzlich dieses Problem zu lösen. Das Marktamt (hier bleibt unklar, welches Marktamt mit welchem Markt Geld verdiene), welches Geld mit der Bewirtschaftung des Marktes erziele, sei aus seiner Erfahrung nicht in der Lage, Toilettenanlagen zu verwalten. Dies solle das Gesundheitsamt wach rütteln, da es Zweifel an der Hygiene gebe. Es sei skandalös, so ein Papier an den Ausschuss zu geben.

Frau Gärtner schließt sich den Vorrednern an und schlägt vor, dass die Aussagen der Bezirksvertretungen und der anderen Ausschüsse nach deren Beratung dem Ausschuss für Soziales und Senioren erneut zu Mitteilung vorgelegt werden sollen.

Frau Wilden schließt sich ebenfalls den Vorrednern an.

Herr Helling betont noch einmal, dass Gespräche mit der KGAB aufgenommen werden sollen, da diese die Toilettenanlagen betreiben könnten.

4.10 IncluCity Cologne - Tätigkeitsbericht 2011 3280/2011

4.11 Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, verschoben auf Top 3.3 2108/2011

4.12 Sachstandsmitteilung zum Bildungspaket 3166/2011

Herr Detjen dankt der Verwaltung für die Vorlage und hat die Anregung, dass in diesem Ausschuss öfter darüber geredet werden solle. Durch den enormen Verwaltungsaufwand aller Beteiligten beim Köln Pass B fragt er an, ob man den Köln Pass B Antragstellern einen bereits ausgefüllten Antrag zusenden könne und die Antragsteller nur noch unterschreiben und zurückschicken müsse. Weitere Vereinfachungen würden seine Zustimmung finden. Die dafür aufgewendeten Kosten solle man dann der Bundesregierung in Rechnung stellen. Weiter fragt es an, wie die Anzahl der Antragsteller zu erhöhen sei.

Frau Reker antwortet, dass weitere Ratsvorlagen vorgelegt werden sollen. Bis dahin solle kein Kind darunter leiden, dass seine Eltern keinen Antrag stellen. Dies sei die Haltung der Verwaltung.

Frau Blömacher erläutert, dass das Antragsverfahren ausgesprochen umfangreich sei und dankt allen beteiligten Trägern. Die Überlegungen der Verwaltung gehen dahin, dass der gesamte Ablauf vereinfacht werden solle, ausgefüllte Anträge an die Antragsteller zu senden sei aber aus unterschiedlichen Gründen nicht möglich.

Hr. Dr. Schulz dankt der Verwaltung und den Trägern und weist auf die komplizierte Antragstellung hin und wertet es als Erfolg, dass bereits 25% der Antragsberechtigten einen Antrag gestellt haben und gibt seiner Hoffnung zum Ausdruck, dass in Zukunft 100% erreicht werden sollten. Er empfindet aber, dass durch das Gesetz, die Menschen die einen Antrag stellen, stigmatisiert werden.

Frau Eggeling stellt fest, dass ein Antragsteller bis zu sechs Anträge stellen kann.

Frau Blömacher präzisiert, dass aktuell 29719 Anträge von ca. 15.000 Antragstellern vorliegen. Dies entspricht einer Quote von 28,4%. Ein weiterer starker Anstieg bei der Antragstellung sei aber nicht zu erwarten.

Frau Laufenberg fragt, wie hoch die finanziellen Einsparungen durch das BuT Gesetz für den Kölner Haushalt sei.

Frau Gärtner erklärt, dass sie das Gesetz als glänzende Idee empfinde, bei der viele Menschen finanziell entlastet werden. Sie hofft aber auch, dass die Bürokratisierung bei der Antragstellung verbessert werde und dankt den Trägern und der Verwaltung für die geleistete Arbeit.

Herr Krücker möchte von Frau Blömacher schriftlich zur nächsten Sitzung wissen, wie viele Kinder Anspruch auf das ermäßigte Mittagessenentgelt haben, wie viele es nach dem Köln Pass hatten, wie viele es jetzt nach dem Bildungspaket haben und wie viele Bewilligungen zu diesen Anträgen gehören.

Herr Helling schlägt vor, bei diesem Punkt keine Grundsatzdebatte zu führen.

Der Vorsitzende Herr Paetzold dankt Herrn Helling für den Vorschlag.

Frau Reker antwortet Frau Laufenberg, dass die Einsparungen sich erst nach der Revision einstellen.

Anmerkung des Schriftführers: Im Anschluss die aktuellen Zahlen vom 26.09.2011

Übersicht Leistungen Bildung und Teilhabe

Stand: 26.09.2011

Personenzahl			Anträge	
SGB II	kom. Kinder		SGB II	kom. Kinder
10899		SGB II	17564	
	1517	Kinderzuschlag		1657
	2799	Wohngeld		3197
	360	AsylbLG		389
	115	SGB XII		127
	193	sonstige		197
10899	4984	Summen	17564	5567
15883		Gesamt	23131	

beantragte Module			Stand Bearbeitung nur kom. Kinder	
SGB II	kom. Kinder		in Bearbeitung	entschieden
1592	1215	Ausflüge	450	58
3841	1638	Klassenfahrten	615	302
0	3160	Schulbedarf (WG/KIZ)	585	2051
420	1043	Schülerticket	8	0
961	757	Lernförderung	7	0
7675	3774	Mittagessen	891	638
3075	1620	Teilhabe	12	0
17564	13207	Summen	2568	3049
30771		Gesamt	5617	

- 4.13 Eis- und Schwimmstadion an der Lentstr.
hier: Beschluss der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik aus der Sitzung am 08.09.2011
3706/2011

Der Vorsitzende Herr Paetzold stellt fest, dass kein Vertreter der KölnBäder anwesend ist.

Herr Ladenberger erklärt, dass im Landesgleichstellungsgesetz die Barrierefreiheit definiert und die Nutzbarkeit für alle gegeben sein sollte. Öffentliche Anlagen sollen ohne besondere Erschwernis und ohne Fremde Hilfe für Menschen mit Behinderung nutzbar sein. Eine weitere Grundlage ist die Menschenrechtsseite, die das Recht auf umfassende Teilhabe festlegt. In der Behindertenkonvention im Artikel 30 ist die Zugänglichkeit und Nutzbarkeit von Kultur-, Freizeit-, und Sportanlagen geregelt.

Dies ist als Hintergrund Information wichtig. Es geht um die Nutzbarkeit für alle Bürger. In der jetzigen Situation ist diese Nutzbarkeit für alle Bürger nicht gegeben. Es gab Gespräche zwischen dem Büro der Behindertenbeauftragten dem AK Barrierefreies Köln und den Vertretern der KölnBäder. Die Absprachen sind von den KölnBädern ignoriert worden. Diese Missachtung bei der Umsetzung des Lentparks ist nicht zu akzeptieren. Hintergrund ist, dass ca. 25 Mio. Euro öffentlicher Gelder verbaut wurden und jetzt bei den möglichen Nacharbeiten weitere Gelder verausgabt werden was nicht nötig gewesen wäre.

Frau Schmerbach, Frau Dierksmeier und Herr Dr. Schulz stimmen Herrn Ladenberger zu.

Der Vorsitzende Herr Paetzold schlägt vor, den Tagesordnungspunkt noch einmal auf einer der nächsten Sitzungen auf die Tagesordnung zu bringen, aber momentan keine Grundsatzdiskussion zu führen.

Herr Dr. Schulz möchte wissen ob durch die Mängel im Schwimmbad der Schulunterricht nur eingeschränkt möglich ist. Er erinnert daran, dass es einmal eine Halbe Stelle gab, die sich ausschließlich darum kümmern sollte, dass die Vorgaben zur Barrierefreiheit, in den Gebäuden umgesetzt werden solle und möchte, dass diese Stelle wieder besetzt werde.

Herr Detjen berichtet, dass der Geschäftsführer der KölnBäder (Berthold Schmitt) verkündet, dass der Lentpark barrierefrei ist. Dies ist nicht der Fall. Der eigentliche Skandal ist aber, dass für das neue, prestigeträchtige Bad keine Bauabnahme erteilt wurde.

Herr Helling bittet die Verwaltung um einen genauen Sachstandsbericht warum die Arbeitsstelle einer technischen Fachkraft im Büro der Behindertenbeauftragten nicht besetzt ist.

Frau Reker erläutert, dass die Mängelliste des Bades vorher den KölnBädern bekannt war. Der Mitarbeiter, über den Hr. Schulz und Herr Helling gesprochen hat, hat im Vorfeld die KölnBäder auf die Schwächen (Rechtsansprüche) aufmerksam gemacht, die aber von den KölnBädern nicht umgesetzt wurden. Es ist heute, eine Gestattung auf vorzeitige Genutzung erteilt worden. Allerdings sind die einzelnen Punkte die nachgebessert werden sollen, nicht aufgeführt und kein Zeitrahmen vereinbart worden. Frau Reker bedauert ebenfalls, dass kein Vertreter der KölnBäder anwesend ist, denn nur der könnte genaue Auskunft geben. Der Prozess, dass Barrierefreiheit in der Verwaltung ein Selbstläufer wird ist seit einigen Jahren angestoßen und dieser Prozeß ist auch durch immer wiederkehrende Schwierigkeiten nicht mehr aufzuhalten.

Herr Paetzold schlägt folgenden Beschluss vor. Der Ausschuss Soziales und Senioren unterstützt den Beschluss der Stadt- Arbeits-Behindertenpolitik ausdrücklich.

Einstimmig angenommen

4.14 Einschulungshilfe für Schulanfänger zum Schuljahr 2011/2012 3657/2011

Frau Steinraths trägt vor, dass aktuell 533 Anträge bewilligt wurden.

Frau Laufenberg fragt an, wie viele Antragsberechtigte existieren.

Die Verwaltung sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

4.15 Entwicklung des Zuzugs von Flüchtlingen nach Köln zuletzt: TOP 2.1 der Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren vom 12.07.2011 3047/2011

Herr Schleicher erläutert, dass Köln im Jahr mit 500 bis 600 neuen Flüchtlingen rechnen müsse. Wenn in Deutschland 1000 neue Flüchtlinge eintreffen, bedeutet dies für Köln die Aufnahme von 50 neuen Flüchtlingen. Die Unterbringungssituation wird in Zukunft immer dramatischer. Aktuell würde Köln 600 neue Unterbringungsmöglichkeiten benötigen.

4.16 Gemeinsamer Bericht über die Clearingstelle 2010, siehe auch 10.1.1, Unterlagen wurden am 12.07.2011 zugestellt

Die Verwaltung bedauert, dass keine schriftliche Antwort vorliegt und sagt dies zur nächsten Sitzung zu.

4.17 Außerplanmäßige Bereitstellung von Mitteln für das Bildungspaket 2011, siehe 10.1.2, Unterlagen wurden am 12.07.2011 zugestellt

Der Ausschuss für Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

4.18 Modellvorhaben "Altersgerechte Umbauen", siehe 10.1.3

Herr Schleicher erläutert, dass der Bund die zuständigen Mittel für das KfW Programm um 200 Hundert Millionen Euro kürzt.

4.19 Rundfunkbeitragsbefreiung bei geringem Einkommen, siehe 10.1.4

Frau Steinraths erläutert, dass in dem Schreiben des Ministeriums für Bundesangelegenheiten Europa und Medien im Absatz § 4 Absatz 6 des neuen Rundfunkbeitrags-Staatsvertrag steht, dass Personen die knapp über der Transferleistungsgrenze sind vom Rundfunkbeitrag befreit werden.

Herr Detjen schlägt vor, dass die Verwaltung in den nächsten Tagen eine Pressemitteilung zu diesem Thema herausgibt.

5 Wohnen

Der Vorsitzende Herr Paetzold dankt Herrn Reisner für den interessanten Vortrag.

Nach dem Vortrag schließt sich eine rege Diskussion an.

Die Tagesordnungspunkte 5.1 und 5.2 werden unter A zu Beginn der Sitzung besprochen

**5.1 Pegel Köln 4/2011
Wohnungsbau in Köln 2010 - Anstieg der Baugenehmigungen um 50 Prozent
3010/2011**

Herr König referiert über den Kölner Pegel 4/2011. Die wichtigsten Ergebnisse sind:

- Die hohen Baugenehmigungen, eine Steigerung von ca. 6%,
- Dieser Anstieg resultiert vor allem aus dem Anstieg der Mehrfamilienhäuser. Die Gründe könnten zum einen in der Finanzkrise liegen. D.h. „das Kapital“ sucht sichere Anlagen und ein weiterer Grund könnte in der größeren Bereitstellung von Flächen liegen die jetzt bebaut werden.
- Bei den Baufertigstellungen ist das Niveau vom Vorjahr erreicht.
- Im geförderten Mietwohnungsbau wurden 804 Wohnungen fertig gestellt. Hier wurde die Zielzahl von 1000 Wohnungen unterschritten. Im nächsten Jahr soll die Zielzahl von 1000 Wohnungen wieder erreicht werden.

Frau Laufenberg fragt nach den zukünftigen Wohnungsperspektiven für Studenten und wann das Stadtentwicklungskonzept abgeschlossen und dem Ausschuss für Soziales und Senioren vorgelegt werde.

Herr König antwortet, dass in der letzten Sitzung (12.07.2011) das Stadtentwicklungskonzept Wohnen, vorgestellt wurde. Über die weitere strategische Entwicklung wird der Ausschuss Soziales und Senioren zeitnah informiert. Die Wohnraumentwicklung für Studenten ist ein wichtiger Baustein in dem Stadtentwicklungskonzept und soll bei weiter steigenden Studentenzahlen stetig weiter entwickelt werden.

Herr Helling fragt wie der letzte Satz „Es gilt den Substitutionseffekt der verstärkt an den Markt kommenden Altbestände für den Neubau zu kennen und somit die Zielzahlen für den künftigen Neubau realistisch einzuschätzen“ in der Mitteilung zu verstehen ist.

Herr König antwortet, dass es den Einfamilien- und den Geschosswohnungsbau gibt. Im Rahmen des Konzepts werde man sich die Entwicklung, durch Generationenwechsel, den Verkauf von Einfamilienhäusern genau ansehen, da verstärkt Einfamilienhäuser auf den Markt kommen könnten. Die Folgerung könnte sein, dass durch den vermehrten Verkauf alter Objekte, Auswirkungen auf den Neubau bedarf spürbar werden.

**5.2 Geförderter Mietwohnungsbau in Köln
Situation und Chance der dauerhaften Sicherung der Wohnversorgung
3717/2011**

Herr Schleicher erläutert, dass in Köln eine ähnliche Situation vorliege wie in München und in der beiliegenden Mitteilung die aktuelle Situation chronologisch dargestellt werde.

Herr Detjen weist auf das aktuell günstige Zinsniveau hin, und dass jetzt der richtige Zeitpunkt für einen Antrag zur städtischen Wohnungsbauförderung sei.

Der Vorsitzende Herr Paetzold kündigt an, dass die Fraktion der SPD und die Fraktion der Bündnis 90/Die Grünen, in der nächsten Ratssitzung am 13.10.2011 einen Antrag zur städtischen Wohnungsbauförderung stellen werden.

Herr Helling schlägt vor die Unterlagen des Vortrags und die Mitteilung dem Stadtentwicklungsausschuss und Wirtschaftsausschuss gehen sollten.

Der Vorsitzende Herr Paetzold stimmt dem Vorschlag zu und dankt den Referenten Hr. Reisner und Hr. Schleicher.

Beschluss:

Herr Helling regt an, die Unterlagen des Vortrags und die Mitteilung den Ausschüssen Wirtschaft und Stadtentwicklung zu kommen zu lassen.

6 Sachstand Programm Mülheim 2020

6.1 Strukturförderprogramm MÜLHEIM 2020 - Projekt "Brücken bauen - Qualifizierung von Stadtteilmüttern" 2960/2011

Der Ausschuss für Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

6.2 MÜLHEIM 2020 - Zeit-Maßnahmenplan 3670/2011

Herr Helling bittet darum, dass den Fraktionssprechern alle Zeit-Maßnahme Pläne ausgehändigt werden.

Herr Koch sagt zu, dass allen Ausschussmitgliedern, eine CD mit allen Zeit-Maßnahmen Plänen, zugestellt wird.

6.3 Sachstandsbericht MÜLHEIM 2020 3669/2011

Herr Krücker hat aus dem Veedelsbeirat Mülheim vernommen, dass weitere Kosten auf die Kommunen zukommen sollen. Er fragt, ob dies tatsächlich so sei, und wenn es so sei, wie hoch die Kosten seien und welche Maßnahmen davon betroffen seien.

Die Verwaltung antwortet, dass es eine Vorlage der Verwaltung dazu gebe, zu Kostenerhöhung die fast ausschließlich die städtebaulichen Maßnahmen betreffen und

dort vor allem den Straßenbau. Nach derzeitigem Stand und Zeitpunkt steigen die ursprünglichen Kosten von 39,8 Millionen € auf 42,1 Millionen € wobei die Fördermittel noch nicht darin einberechnet sind. Von den zusätzlichen Kosten muss die Stadt 20% tragen. Der genaue Euro Betrag der auf die Stadt zukommt, wird dem Protokoll beigelegt.

Anmerkung des Schriftführers: *Hier die Antwort auf die Frage nach der Belastung für den städtischen Haushalt. Es handelt sich dabei um ein Zitat aus der Beschlussvorlage.*

Die über die Deckelung von 39,8 Mio. € hinaus gehende Kostenerhöhung von 2.314.500,00 € ist im Programmschwerpunkt Städtebau entstanden und wird voraussichtlich in den Haushaltsjahren 2013 und 2014 kassenwirksam. Zum Ausgleich des Mehrbedarfs im Teilfinanzplan 0902 – Stadtentwicklung erfolgen entsprechende Reduzierungen von investiven Veranschlagungen der mittelfristigen Finanzplanung des Haushaltsplan-Entwurfs 2012 im Teilfinanzplan 1201 – Straßen, Wege, Plätze im Jahr 2013 in Höhe von 1.214.500,00 € und im Jahr 2014 in Höhe von 1.100.000,00 €.

Herr Helling fragt nach dem aktuellen Sachstand von e-sports, Heimspiel (Prävention Online-Sucht), Internationales Geschäftshaus, wie lange ist die Laufzeit der Projekte Stadtteilmütter und Rucksack, die Projekte sozialintegrativen Maßnahmen aus der Beschäftigungsförderung, Baustoffrecycling und Neue Arbeit

Die Verwaltung antwortet, es wird kein Vereinsheim für e-sports geben. Es ist geplant den medienpädagogischen Ansatz mit Präventionsaspekten umzusetzen. Der Sachstand zum internationalen Geschäftshaus soll in der nächsten SoSe Sitzung mitgeteilt werden. Die Laufzeit der Projekte Stadtteilmütter und Rucksack geht bis 30.09.2014. Bei der Neuen Arbeit wird an einer neuen Ausschreibung gearbeitet. Bei dem Thema Baustoffrecycling hat sich der Sachstandsbericht nicht verändert.

Herr Helling möchte wissen, warum das Projekt Förderung großer Bedarfsgemeinschaften, Aktivierung für Familienpotentiale, zusammen mit dem Jobcenter und der AWO, nur für ein Jahr gefördert wird.

Die Verwaltung antwortet, dass dies dem Umstand geschuldet ist, dass das Jobcenter dieses Projekt finanziert und nicht Mülheim 2020. Deshalb ist das Projekt auf ein Jahr begrenzt.

7 JobCenter Köln

7.1 Bericht des Jobcenters (JC) Köln 3404/2011

Der Ausschuss für Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

7.2 Organisationservice Kinder und Pflege (OKiP) für Beschäftigte im Jobcenter Köln 3415/2011

Der Ausschuss für Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

**7.3 Beauftragte für Chancengleichheit am Arbeitsmarkt im Jobcenter Köln
3418/2011**

Herr Müller-Starmann stellt Frau Meryem Demitras als Beauftragte für Chancengleichheit am Arbeitsmarkt, im Jobcenter, vor.

**7.4 Zwischenbilanz zum Gemeinsamen Arbeitgeber-Service
3419/2011**

Herr Dr. Schulz schlägt vor, die neue Geschäftsführerin der Arbeitsagentur in den Ausschuss für Soziales und Senioren, einzuladen.

Frau Ladenberger fragt an, ob es aktuelle Zahlen zum Stand der Besetzung der Arbeitsstellen gibt und möchte zusätzlich wissen, wie viele Ausbildungsplätze noch vorhanden sind.

Herr Müller-Starmann sagt eine schriftliche Antwort zu.

**7.5 Bilanz der Zugriffe auf den neuen Internetauftritt des Jobcenters Köln
3426/2011**

Der Ausschuss für Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

8 Bericht aus der Arbeit der Behindertenbeauftragten

**8.1 Bericht der Behindertenbeauftragten 9/2011
3713/2011**

Der Ausschuss für Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

9 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

**9.1 Anträge zum Bildungspaket der Bundesregierung, verschoben auf Top
10.1.5
AN/0909/2011**

**9.1.1 "KölnPass B"?, Verschoben auf 10.1.9
AN/1484/2011**

10 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates

10.1 Anfragen zu früheren Sitzungen

**10.1.1 Gemeinsamer Bericht über die Clearingstellen für das Jahr 2010 wird auf TOP 4.16 verschoben
2627/2011**

**10.1.2 Außerplanmäßige Bereitstellung von Mitteln für das Bildungspaket in 2011, dieser Top wird auf 4.17 verschoben
2680/2011**

**10.1.3 Modellvorhaben "Altersgerecht Umbauen", dieser Top wird auf 4.18 verschoben
2709/2011**

**10.1.4 Rundfunkbeitragsbefreiung bei geringem Einkommen, dieser Top wird auf 4.19 verschoben
2774/2011**

**10.1.5 Anträge zum Bildungspaket der Bundesregierung, Anfrage Fraktion der Linken am 12.07.2011, Beantwortung liegt vor
2801/2011**

Der Ausschuss für Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

**10.1.6 Wie lassen sich Leistungen aus dem Bildungspaket für alle sichern?, Anfrage der Fraktion der Linken am 12.07.2011, Beantwortung liegt vor
2822/2011**

Der Ausschuss für Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

**10.1.7 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen zum Programm "Win-Win für Köln" vom 07.07.2011, Beantwortung liegt vor
2842/2011**

Der Ausschuss für Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

10.1.8 Bericht zum Pilotprojekt Integrationslotsen, Beantwortung von Anfragen, hier: Sozialausschuss vom 10.02.2011 zu Top 4.4 und Jugendhilfeausschuss am 22.02.2011 zu Top 3.5, verschoben auf 3.4 2821/2011

10.1.9 Anfrage der Fraktion Die Linken "KölnPass B", vom 08.08.2011, Beantwortung liegt vor 3283/2011

Der Ausschuss für Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

10.1.10 Mieterberatung in Chorweiler, 3059/2011, siehe 3.2

Herr Helling fragt an, ob die eingereichten Zahlen für 2010 (461 neue Mängel wurden festgestellt) nur für Chorweiler oder für die ganze Stadt gelten.

Herr Schleicher antwortet, dass die Zahlen Stadtweit zu verstehen sind.

10.2 Aktuelle Anfragen

10.2.1 Einreise von Neu-EU-Bürgerinnen und Bürgern aus Bulgarien und Rumänien und die Auswirkungen in den Stadtteilen AN/1690/2011

Der Vorsitzende Herr Paetzold stellt fest, dass die Anfrage als Tischvorlage ausliegt, und in der nächsten Sitzung beantwortet werden soll.

11 Beschlüsse gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

11.1 Förderung von Angeboten für ältere Migranten/Migrantinnen 2011 3035/2011

Herr Krücker sagt, dass er sich nicht an der Beratung und an der Abstimmung beteiligen werde.

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales und Senioren beschließt die Vergabe der Mittel für die Förderung von Angeboten für ältere Migranten/Migrantinnen in Höhe von 34.500 € wie in Anlage 1 zu dieser Beschlussvorlage dargestellt.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Mittel im Rahmen der haushaltsrechtlichen Regelungen unverzüglich auszus zahlen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt gegen die Stimme der Fraktion pro Köln. Herr Krücker aus der CDU Fraktion beteiligt sich nicht an der Abstimmung und Beratung.

**11.2 Vergabe der Mittel für Antirassismus-Training im Jahr 2011
3378/2011**

Beschluss:

Für Maßnahmen im Rahmen des Antirassismus-Training im Jahr 2011 werden in einem ersten Schritt die im Teilergebnisplan 0501, Soziale Hilfen, unter Zeile 15, Transferleistungen, veranschlagten Mittel in Höhe von 19.800 € gemäß Anlage 1 vergeben.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt gegen die Stimme der Fraktion pro Köln

**11.3 Nachrang von Köln-Pass-Leistungen gegenüber Leistungen aus dem
Bildungspaket, verschoben auf 13.1
2560/2011**

**11.4 Förderung von Selbsthilfegruppen im Sozialbereich 2011
2697/2011**

Frau Wilden aus der Fraktion pro Köln stimmt zu, mit der Einschränkung dass die Selbsthilfegruppen Schwules Forum Köln, Lesben- und Schwulenverband Deutschland und der Verband binationaler Familien und Partnerschaften nicht gefördert werden sollten.

Herr Helling berichtet, dass der Unterausschuss Selbsthilfegruppen einstimmig vorgeschlagen hat, dass der Ausschuss für Soziales und Senioren der beiliegenden Beschlussvorlage folgen möge.

Beschluss:

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt, entsprechend der Empfehlung des gemeinsamen Unterausschusses Selbsthilfegruppen des Ausschusses Soziales und Senioren sowie des Gesundheitsausschusses, im Haushaltsjahr 2011 die Selbsthilfegruppen im Sozialbereich gemäß der beigefügten Anlage 1 zu fördern.

Die Mittel für kleine Selbsthilfegruppen zur Verteilung durch die Selbsthilfe-Kontaktstelle Köln (KISS) erhält die Kontaktstelle gemäß Anlage 1 zur Unterstützung städtisch nicht geförderter, originärer Selbsthilfegruppen.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Zuschüsse, abzüglich der bereits gewährten Abschlagszahlungen, im Rahmen der haushaltsrechtlichen Regelungen unverzüglich auszuzahlen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**11.5 Empfehlung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik zum Konzept zur Förderung der Ausbildung und Beschäftigung von Menschen mit Behinderung bei der Stadtverwaltung, verschoben auf 12.2
1606/2011**

12 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse

12.1 Konjunkturpaket II - Kostenanpassungen und Umschichtungen bei den Maßnahmen Barrierefreiheit in den Bürgerhäusern/Bürgerzentren 3704/2011

Herr Helling erläutert, dass er, aus fachlicher Sicht die Vorlage unterstützen könnte.

Der Vorsitzende Herr Paetzold betont, dass der Ausschuss Soziales und Senioren diese Vorlage unterstützt.

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales und Senioren beschließt, die Beschlussvorlage ohne Votum in den Finanzausschuss zu verweisen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

12.2 Empfehlung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik zum Konzept zur Förderung der Ausbildung und Beschäftigung von Menschen mit Behinderung bei der Stadtverwaltung 1606/2011, siehe 11.5

Beschluss:

Der Tagesordnungspunkt wird von der Verwaltung zurückgezogen.

13 Ausschussempfehlungen an den Rat

13.1 Nachrang von Köln-Pass-Leistungen gegenüber Leistungen aus dem Bildungspaket 2560/2011, siehe 11.3

Herr Krücker fragt nach, ob die Verwaltung jetzt schon Köln Pass B verschickt, und damit die Verwaltung schon etwas vollzieht, was der Rat noch gar nicht beschlossen hat.

Der Vorsitzende Herr Paetzold antwortet, dass dies nicht so sei, es werde ausschließlich beschlossen, dass die Leistung nachrangig sei.

Frau Reker stimmt Herrn Paetzold zu und erläutert, den Nachrang der Köln Pass bedingten Vergünstigungen in Bezug auf deckungsgleiche Leistungen für Bildung und Teilhabe.

Herr Helling erinnert Frau Reker an Ihre Aussage, dass durch diesen Beschluss Kinder nicht zu Opfer gemacht werden sollen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales und Senioren beschließt einstimmig die Empfehlung an den Rat.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

14 Anregungen und Stellungnahmen der Stadtarbeitsgemeinschaften

15 Anfragen

Frau Eggeling fragt Herrn Müller-Starmann zum Projekt 800 Hände für Köln ob das Geld in voller Höhe verausgabt worden ist und wenn nicht ob Gelder zurückgezahlt werden müssen. Ob bei dem Projekt der Genderansatz berücksichtigt worden sei und ob es Absprachen mit den Abfall-Wirtschafts-Betrieben auf Übernahme der Beteiligten gebe, denn was bringt es sonst für die Beteiligten drei Monate in dieser Maßnahme zu sein?

Frau Reker antwortet, dass sie nicht den Arbeitstitel 800 Hände für Köln kenne, sie möchte sich aber darum kümmern, dass sie spätestens in der nächsten Sitzung eine Auskunft darüber geben kann und sie werde sich ebenfalls dafür einsetzen, dass für zukünftige Projekte, kein Geld zurück gezahlt werde. Diese Projekte sollen unter zwei Aspekten durchgeführt werden. Erstens die Projekte sollen sinnvoll sein, d.h. die eingeforderten Mittel sollen nicht „einfach rausgeworfen“ werden und zweitens sollen die Projekte für die einzelnen Beteiligten geeignet sein. Aber die Projekte sind noch im Anfangsstadium, so dass wir sie noch nicht im Ausschuss für Soziales und Senioren diskutieren können.

Herr Detjen fragt an, ob die Vertreterin der Verbraucherzentrale für die nächste Sitzung eingeladen ist und ob Frau Reker an der nächsten Sitzung der Verbraucherzentrale teilnehmen könnte.

Frau Reker antwortet, dass im Ausschuss für Soziales und Senioren nur ein Vortrag je Sitzung durchgeführt wird und in der nächsten Sitzung bereits seien bereits die Seniorenzentren mit einem Vortrag vertreten. Sie sagt aber eine Prüfung des Termins zu.

Der Vorsitzende Herr Paetzold bestätigt, dass es in den Sitzungen des Ausschusses für Soziales und Senioren auch zukünftig nur einen Vortrag je Sitzung geben soll.

Herr Dr. Schulz fragt an, ob man den neuen Geschäftsführer des Jobcenters für eine kommende Sitzung einladen könne.